

Kamener Zeitung

Vollstrecker für Kamen und Umgebung verbunden mit der
Märkischen Zeitung.

Freiwillige Kassen-Mitglieder
nach Maßgabe der anliegenden Bedingungen. Einmal
jährlich. Monatlicher Beitrag 1.00 Mk., durch die Kasse
vierteljährlich 2.50 Mk. Falls wir in der Ausgabe
über die Kasse der Zeitung gekündet sind, hat der Besizer
keinen Anspruch auf Rückerstattung der Beiträge.
Stilles oder auf Kündigung des Mitglieds.

Nr. 264

Donnerstag, den 10. November 1921

49. Jahrgang

Um die Besetzungskosten.

Habes veröffentlicht einen Bericht der Kommission, die auf Grund des Beschlusses des Obersten Rates vom 30. 8. über die Herabsetzung der Besetzungskosten und die Unterhaltungskosten im besetzten Gebiet beraten hat. Danach sind die Kosten für das Jahr 1922 um 20 Millionen geringer als für die vorangegangenen Jahre. Die Kommission hat andererseits verfügt, ein vollständiges Budget aufzustellen über die Leistungen, die Deutschland nach Artikel 8 bis 12 des Abkommens zum Friedensvertrage zu zahlen hat. Es sei ein Programm aufgestellt worden, das der Oberste Rat zur Annahme empfehlen werde, in dem allerdings nicht die zu erzielende Herabsetzung der Ausgaben befragt wird, das aber betont, daß durch gemeinsame Anstrengungen ein Erfolg zu Gunsten der Reparationen erzielt werden muß. Wie der Bericht weiter sagt, habe die Kommission festgestellt, daß außer der internationalen Oberkommission für die Rheinlande, deren Tätigkeit mit der Okkupation aufhöre, die meisten vom Friedensvertrag vorgesehenen Kommissionen, deren Aufgaben Deutschland zu erfüllen, ganz oder teilweise ihre Arbeiten beenden haben werden. Bezüglich der rheinischen Oberkommission ist dem Obersten Rat vorgeschlagen, die rheinische Oberkommission zu erlöschen, in eine ernannte Prüfung der Maßnahmen einzutreten, wie die Herabsetzung der Kosten aller Kategorien von Ausgaben herbeigeführt werden könnte, damit sie auf ein mit der Mission in Einklang stehendes Minimum zurückgeführt werden könnten.

Was wird Washington bringen?

(W) Der New Yorker Berichterstatter von Reuters erzählt, daß Verhandlungen der Washingtoner Konferenz folgende Grundzüge vorliegen werden:

1. Frankreich stimme mit den Berechtigten Staaten bezüglich der Konzeptionsangelegenheiten in China überein.
2. Die Verminderung der Rüstungen zur See finde von Seiten Frankreichs keine Schwierigkeiten, da die französische Flotte bereits unter dem Maßstab stehe, der wahrheitsgemäß von der Konferenz angenommen werde.
3. Die französischen Interessen würden in der Hauptsache von den Rüstungen zu Lande berührt, angesichts der Stellung Frankreichs gegenüber Deutschland.
4. Was die Frage der deutschen Reparationen betreffe, so seien diese eng verbunden mit der Frage, wann und wie Frankreich mit der Bezahlung seiner amerikanischen Schulden beginnen könne. Wenn daher Washington den Wunsch habe, die Frage der Schulden auf der Konferenz anzukündigen, so sei die französische Delegation bereit, sie zu erörtern.
5. Frankreichs Verpflichtungen gegenüber dem Völkerbund behinderten nicht den Anschluß Frankreichs an andere Mächte innerhalb und außerhalb des Völkerbundes.

Der Marksturz in der französischen Kammer.

In der gestrigen Kammer Sitzung in Paris ergab bei der Beratung der Finanzlage Frankreichs der Berichterstatter des Finanzanschlusses die Basteie des Wort. Er erklärte, der Sturz der deutschen Mark und der österreichischen Krone würden nur den geldlichen Bankrott Deutschlands, aber nicht den wirtschaftlichen Bankrott herbeiführen, weil Deutschland seine gesamte wirtschaftliche Ausstattung bewahre. Durch den Sturz der Mark werde der Mittelstand in Deutschland grausam in Mitleidenhaft gezogen. In Deutschland gebe es nur einen Teil der Bevölkerung, der die Schulden Deutschlands begleichen könne. Wer die Mittelstücken unternehmen alles, was sie könnten, um die Erfüllung der Verpflichtungen Deutschlands unmöglich zu machen. Was sollte die Regierung unternehmen, wenn Deutschland bald die Anwendung des Artikels 234 des Friedensvertrages verlange? Frankreich habe vorgeschlagen, Deutschland entgegenzunehmen, aber andere Mächte hätten verlangt, daß dieses Entgegenkommen dazu diene, daß die Summen bezahlt würden, die man ihnen schulde. Von diesem Tage an sei die Mark gefallen. Frankreich habe nicht nur nichts getan, um den Sturz der Mark herbeizuführen, es habe im Gegenteil durch das Abkommen von Wiesbaden viel zur Erleichterung der geldlichen Lage Deutschlands beigetragen. Wenn die Deutschen 1000 Mark zahlen, zahle Frankreich 520 Franken, das sei sechs Mal mehr. Angesichts dieser Lage müsse die Garantiekommision funktionieren, um die Kontrolle der Einnahmen und den gesamten Devisenhandel sicherzustellen. Für den nächsten Verfalltag müsse Deutschland im Ausland die Kredite erlangen, die es nötig habe, England und Amerika

haben. Heute schweben 75 Milliarden deutscher Papiermark in der Welt herum und drücken auf die deutsche Währung, und doch würden 200 Millionen Dollar genügen, um diese Papierflut zu verdrängen zu lassen. Wenn die Mark noch weiter fällt, werden wir bald keine Rohstoffe mehr kaufen können. Wenn wir bis zum 15. Januar nicht zahlen, werden wir die großen Werte der deutschen Industrie verlieren. Wir brauchen eine Atempause, vielleicht durch eine Geldanleihe. Der Rechner zeigt an einem Beispiel, wie arm wir geworden sind. Wir haben noch ein Guthaben bei der Entente: Die Liquidation deutscher Vermögen im Ausland. Die Wertsumme dieser Vermögen ist 20 mal so groß wie das gesamte deutsche Papiergeld, das heute in der Welt schwimmt. 20 Milliarden in Gold, zum allergrößten Teil Vorräte, haben unsere Feinde in ihren Händen. Ein Zwanzigstel dieser Summe würde genügen, um die Papiermarken zu befestigen, die heute noch in der Welt schwimmen. Daran ist die Brutalität des Verfallens der Mark zu erkennen.

Englische Stimmen zum Marksturz.

Evening News schreiben: Der fortgesetzte Sturz der Mark und die ernste Auswirkung auf den englischen Auslandsmarkt verurteilen die Regierung ernste Sorge. In einem Artikel des Manchester Guardian führt Professor Keynes aus: Der Marksturz ist durch den Versuch der deutschen Regierung, ausländische Währung zur Bezahlung der Reparationen zu beschaffen, eingeleitet worden und sei im späteren Stadium wahrscheinlich darauf zurückzuführen, daß die Spekulation der ganzen Welt vollständig den Kopf verloren habe und ihre Marktvorteile auf die Märkte schleudere. Der zukünftige Wert der Mark hänge von der Politik der Mächte ab. Wenn der Wechselkurs der Mark auf seinem augenblicklichen Stand verharre und der deutsche Inlandspreis darauf eingestellt werde, so sei eine größere Menge von Noten als bisher erforderlich, um die Geschäfte Deutschlands weiterzuführen. Die vermehrte Notenausgabe in Deutschland sei das Ergebnis des Zusammenbruchs der deutschen Währung, und nicht umgekehrt, und werde dann außerhalb der Kontrolle der deutschen Regierung stehen.

Vorschlag für ein Weltmoratorium.

Der bekannte amerikanische Finanzmann Simpson gab in einer Unterredung mit einem Mitarbeiter der „Chicago Tribune“ einige Anregungen zum Wiederaufbau der Weltwirtschaft. Simpson erklärte, daß der Welt ein Moratorium von 10 bis 15 Jahren für alle Schulden der europäischen Staaten an Amerika unbedingt notwendig sei, indem die Gläubigerstaaten sich verpflichten, den finanziellen Druck auf Deutschland für einen gleichen Zeitraum zu unterlassen. Wenn dieses geschehe und die finanziellen Reparationsbestimmungen abgesetzt seien, so wäre damit schon vieles erreicht und Voraussetzung zur Besserung der Weltwirtschaft gegeben.

Der Abbruch zwischen Osten u. Westen.

Die Epoca hat durch ihren Berliner Berichterstatter Forti einen der bedeutendsten und bekanntesten deutschen Finanzmänner über den Kurssturz der Mark befragt. Dieser hat ungefähr folgende Ausführungen gemacht:

Der Verband habe bisher, trotz der deutschen Vorstellungen, nicht geglaubt, daß Deutschland außerstande sei, die ungeheuren Zahlungen zu leisten. Sie seien die wirkliche Ursache des Kurssturzes, und die Wechselkursfluktuation nur die Folge und von sekundärer Bedeutung. Der Kurssturz treffe auch die reichsten Staaten, weil Deutschland ihre Waren nicht mehr kaufen könne, und die deutsche Industrie mit Hilfe des niedrigen Marktkurses jeden Wettbewerb auf dem Weltmarkt schlage, was die nie dagewesene Arbeitslosigkeit in England und Amerika zur Folge gehabt habe. Die Verbindungen hätten übersehen, daß der niedrige Stand der Währung in Deutschland vermöge seiner außerordentlichen organisierten Industrie ganz anders wäre, als der niedrige Stand des polnischen oder österreichischen Geldes. Ferner sei die Währung Polens, Litauens, Letlands, Estlands, Litauens, Letlands und selbst die Rumänien und Bulgariens von der deutschen abhängig, und sie müsse noch weiter fallen, wenn die Mark falle. Alle diese Staaten seien dann noch weniger imstande, englische oder amerikanische Waren zu kaufen. Es entsehe infolgedessen ein ungeheurer wirtschaftlicher Abgrund zwischen Osten und Westen, eine fählerne Mauer, die den Warenaustausch zwischen beiden Teilen der Welt verhinere und den Weltumlauf in den Werten Europas unmöglich mache. Wenn die Mark noch ein wenig falle, seien die Baluten der Oststaaten völlig wertlos. Es komme dann zu einer allgemeinen Katastrophe, die in erster Linie Frankreich treffe. Um der Gefahr, die ganz Europa bedrohe, zu begegnen, schlug der befragte deutsche Finanzmann — da keine Zeit mehr zu verlieren sei — eine sofortige Reglung der Währungsfrage auf internationaler Grundlage vor.

Reichstagsabgeordneter Dr. Hugo über die Markentwertung.

(TU) Der volksparteiliche Reichstagsabgeordnete Dr. Hugo, der über die politische Lage sprach, wies einleitend auf den augenblicklichen Stand des Dollars hin und kam dann auf den Verfall der Friedensverträge zu sprechen. Heute bezahlten wir, sagte er, mehr Milliarden für Besetzungskosten feindlicher Heere, als wir jemals für das deutsche Meer und die Marine bezahlt

haben. Heute schweben 75 Milliarden deutscher Papiermark in der Welt herum und drücken auf die deutsche Währung, und doch würden 200 Millionen Dollar genügen, um diese Papierflut zu verdrängen zu lassen. Wenn die Mark noch weiter fällt, werden wir bald keine Rohstoffe mehr kaufen können. Wenn wir bis zum 15. Januar nicht zahlen, werden wir die großen Werte der deutschen Industrie verlieren. Wir brauchen eine Atempause, vielleicht durch eine Geldanleihe. Der Rechner zeigt an einem Beispiel, wie arm wir geworden sind. Wir haben noch ein Guthaben bei der Entente: Die Liquidation deutscher Vermögen im Ausland. Die Wertsumme dieser Vermögen ist 20 mal so groß wie das gesamte deutsche Papiergeld, das heute in der Welt schwimmt. 20 Milliarden in Gold, zum allergrößten Teil Vorräte, haben unsere Feinde in ihren Händen. Ein Zwanzigstel dieser Summe würde genügen, um die Papiermarken zu befestigen, die heute noch in der Welt schwimmen. Daran ist die Brutalität des Verfallens der Mark zu erkennen.

Eine Vorschussforderung Frankreichs an Deutschland.

(TU) Wie der „Temps“ bestätigt, hat die Garantiekommision die Forderung erhoben, daß Deutschland am 15. November und 15. Dezember je einen Vorschuss leiste, der zusammen etwa vier Fünftel der halben Milliarden Goldmark betragen soll, die am 15. Januar fällig sind. Diese Vorschussabgaben sollen aus den Zolleinnahmen und den Ausfuhrabgaben entnommen werden. Die Reparationskommission, die sich mit der Forderung einverstanden erklärte, hat jetzt in Berlin über die Maßnahmen zu sprechen, welche die deutsche Regierung ins Auge gefaßt hat, um die Vorschussabgaben zu ermöglichen. Die Kommission wird sich ferner mit der Kreditation der deutschen Industrie sowie mit dem Marksturz und dem deutschen Budget, ferner mit der Schaffung neuer Einnahmequellen durch neue Steuern usw. beschäftigen.

Das Abkommen zwischen deutschen und französischen Arbeitervertretern gescheitert.

Dem Deutse zufolge kann das Abkommen zwischen deutschen und französischen Arbeitervertretern und Ingenieuren bezüglich des Wiederaufbaues der 11 Gemeinden im Gebiet von Chaumes als gescheitert betrachtet werden. Deutse schiebt die Schuld daran Deutseur zu, welcher auf der am Montag erfolgten Zusammenkunft mit den französischen Arbeitern und Ingenieuren forderte, daß wenigstens 80 Prozent der Bewohner dieser Dörfer durch ihre Unterschrift bezeugen müßten, daß sie mit der Einführung deutscher Arbeitskräfte einverstanden seien. Würden jedoch nur 79 Prozent der Bewohner unterschreiben, so müsse das Abkommen als gescheitert angesehen werden. Aber nicht die Mehrheit der Bevölkerung dieser Dörfer sei es, die von dem Abkommen nichts wissen wolle, sondern Deutseur selbst, obwohl er sich den Anklagen gebe, als ob er das Abkommen billige. Mit der einen Hand nehme er, was er mit der andern gebe. Es sei dies dieselbe Taktik, die er bei den deutschen Holzhauern befolgt habe. Da diese nur 10000 Franken kosten sollten, habe er auf sie einen Einfuhrzoll von 150 Prozent gelegt, so daß die Geschäftigten für 25000 Franken hätten bezahlen müssen. Um diesen Preis würden natürlich die Häuser nicht anzubringen sein.

Carisregelung im rhein.-westf. Bergbau.

Die Tarifverhandlungen im Bergbau, die gestern im Reichsarbeitsministerium stattfanden, haben, was den rheinisch-westfälischen Bergbau anlangt, bereits zu einer Einigung geführt. Der Arbeiterschaft ist eine durchschnittliche Vohnerhöhung von 27 Mark pro Mann und Schicht bewilligt worden, sowie eine Erhöhung des Hausstands- und Kindergeldes, das bisher 3 Mark betrug, auf 4,50 Mark. Die Anwendung der neuen Tarife ist rückwirkend auf den 1. November festgesetzt worden. Die gleiche Einigung wurde auch für den rheinischen Braunkohlenbergbau herbeigeführt. Die übrigen Bezirke verhandeln noch, jedoch ist damit zu rechnen, daß auch für sie die Verhandlungen zu einem endgültigen Abschluß kommen. Die Steigerung der Tarife im Kohlenbergbau bedeutet für den rheinisch-westfälischen Bergbau eine durchschnittliche Kohlenpreiserhöhung von 140—150 Mark pro Tonne.

Die neuen Lohnsätze für Staatsarbeiter.

Entsprechend der neuen Beamteneinklassifizierung werden auch die Löhne der Staatsarbeiter erhöht werden und zwar sollen die Erhöhungen auch vom 1. Oktober gelten. Es enthalten:

Stufen:	Stundelohn (alt):	Durchschnittsjahreseinkommen:
7	7,70 (8,20)	19.200 Mk.
6	7,80 (8,30)	19.500 Mk.
5	8,00 (8,40)	20.000 Mk.
4	8,20 (8,50)	20.500 Mk.
3	8,50 (8,70)	21.250 Mk.
2	8,70 (8,90)	21.750 Mk.
1	8,90 (9,00)	22.250 Mk.

Die Kinderzulage wird auf 80 Pfg. für alle Altersklassen bis 21 Jahren, soweit nicht die Kinder selbst verdienen, pro Stunde erhöht (jezt 20 Pfennig). Sie beträgt pro Kind und Monat durchschnittlich 165 Mark.

Die Bedingungen der Firma Benz & Co.

In einer vom Landeskommissar als Demobilisierungskommissionar veranfaßten Besprechung zwischen der Direktion der Benzwerke und den Arbeitervertretern wurden die Bedingungen erörtert, welche die Firma Benz für die Wiederaufnahme des Betriebes stellt. Die Direktion verlangt Garantien dafür, daß künftig Ruhe und Ordnung in den Betrieben herrscht und die persönliche Freiheit der Betriebsbeamten gewährleistet wird. Sie hält es für unerlässlich, daß diejenigen Arbeiter, die wiederholt die Ruhe und Ordnung in den Betrieben gefährdet und Anlaß zu Demonstrationen gegeben haben, von der Wiedereinstellung ausgeschlossen werden.

Tagesereignisse.

— (Reichstagsauschuss für Wohnungswesen.) Im Reichstagsauschuss für Wohnungswesen wurde § 2 des Reichsmietengesetzes in der Regierungsvorlage angenommen, nachdem die verschiedenen Anträge auf Abänderung der im Regierungsentwurf vorgesehenen Berechnungsweise der geleglichen Miete vom Ausfluß abgelehnt worden waren. Es wurde also bestimmt, daß bei Berechnung der Miete von dem am 1. Juli 1914 vereinbarten Mietpreis auszugehen sei. Vergütungen, die in der Friedensmiete für die Heizkosten, für Sammelheizung, Warmwasserbereitung oder für andere Leistungen enthalten sind, sollen abgerechnet werden und die oberste Landesbehörde ermächtigt werden, für die abzurechnenden Beträge Mindestsätze der Friedensmiete festzusetzen. Wenn über die Höhe der Friedensmiete Streit oder Unklarheit besteht, so soll sie vom Einigungsamt festgestellt werden.

— Das neue Reichsbeamteneinklassengesetz ist dem Reichstage zugegangen. Die preussische Vorlage wird dem Landtage heute vorgelegt werden. Der Gesamtverband deutscher Beamten- und Staatsangestelltengewerkschaften hat an den Reichstag die Bitte gerichtet, die getroffenen Vereinbarungen über die Beamteneinklassifizierung trotz ihrer Mängel unverändert anzunehmen, damit die Auszahlung der Beträge sofort erfolgen kann. Es wird gleichzeitig dem Reichstage die Bitte vorgelegt, er möge an die Reichsregierung das Ersuchen richten, wegen der fortschreitenden großen Teuerung alsbald in eine neue Prüfung der Beamteneinklassifizierung einzutreten und dem Reichstage in kurzer eine Vorlage hierüber zugehen lassen. Für die Arbeiter ist eine entsprechende Neugestaltung der Bezüge gleichzeitig durchzuführen.

— (Lieferung der Wienerbörse an die Entente.) Nach dem Friedensvertrag von Versailles haben wir neben anderen Sachleistungen auch Tausende von Wienerbörsern an die Entente, besonders an Frankreich und Belgien, abgeliefert. Die Zentralimtergenossenschaft in Hannover hat jetzt den ersten Lieferungs-transport zusammengestellt und der Zug hat Deutschland mit 23000 Wienerbörsern nach St. Avold verlassen. Eine französische Kontrollkommission hat die Uebergabe der Wienerbörse überwacht. Ein zweiter Transport wird im kommenden Frühjahr erfolgen.

— (Friede zwischen Wien und Washington.) Der Bundeskanzler und der amerikanische Kommissar haben die Ratifikationsurkunden des amerikanisch-österreichischen Friedensvertrages ausgetauscht, der damit in Kraft tritt.

— Die Revolutionsfeier fand gestern in Berlin auf 7 Plätzen statt. An dem großen Umzuge nahmen 16 bis 17000 Personen teil. Im Humboldtshain schloß Emil Barth seine Rede mit den Worten: 1914 war der Michel ein Rindvieh, 1918 ein größeres Rindvieh und heute ist er ein Kleinstindvieh! — Im ganzen Reiche ist, soweit die Meldungen bisher vorliegen, die Feier der Revolution ohne jede Störung verlaufen.

Fehlgeschick von Kommunal-
sicherungssuchen.

Der Kaiser hat befohlen, daß die Strafbefugnisse in Fällen dieser Art in ihrer ganzen Strenge angewandt werden und daß Frauenpersonen, die sich unter solchen Umständen freiwillig dem Geschlechtsverkehr mit Soldaten hingeben, keine Rücksichtnahme durch die Militärbehörden erwarten dürfen. Anstatt den Soldaten, der einer solchen Verführung überführt wird, zu veranlassen, das betreffende Mädchen zu heiraten oder zu ihrem Unterhalt beizustehen, werden ihm die Behörden zur Bestrafung einer langen Freiheitsstrafe verurteilen.

Freier, 8. Nov. Ein schweres Unglück hat sich in Geng ereignet. Bei der Fahrt über die Eisenbahnbrücke geriet eine Dampflok ins Rutschen und stürzte die Besatzung hinab. Drei auf der Waise stehende Arbeiter wurden herabgeschleudert und getötet unter der Maschine. Sie wurden schwer verletzt in ein Krankenhaus eingeliefert. Zwei andere Arbeiter erlitten bei den Rettungsarbeiten schwere Verletzungen.

Gegen Deutschlands Ausverkauf.

Der katastrophale Niedergang der deutschen Welt hat eine sehr unheimliche Folge gehabt: Die deutsche Wirtschaft ist in die Entwertung des deutschen Geldes hineingefallen. Die Entwertung des deutschen Geldes hat zu erheblichen Schäden an den deutschen Waren geführt. Die deutschen Waren sind im Ausland zu einem sehr niedrigen Preis zu verkaufen. Die deutschen Waren sind im Ausland zu einem sehr niedrigen Preis zu verkaufen. Die deutschen Waren sind im Ausland zu einem sehr niedrigen Preis zu verkaufen.

Die Regierung hat diese Vorgänge, die sich in Deutschland nicht zum ersten Mal, aber gegenwärtig in einem für die deutsche Wirtschaft unheilvollen Umfang abspielen, mit Bedauern beobachtet und sucht den Ursprung des Übels zu ermitteln. Die deutsche Wirtschaft ist in die Entwertung des deutschen Geldes hineingefallen. Die deutsche Wirtschaft ist in die Entwertung des deutschen Geldes hineingefallen. Die deutsche Wirtschaft ist in die Entwertung des deutschen Geldes hineingefallen.

Mit besonderer Aufmerksamkeit werden die Verhältnisse der deutschen Wirtschaft beobachtet. Die deutsche Wirtschaft ist in die Entwertung des deutschen Geldes hineingefallen. Die deutsche Wirtschaft ist in die Entwertung des deutschen Geldes hineingefallen. Die deutsche Wirtschaft ist in die Entwertung des deutschen Geldes hineingefallen.

Der Kaiser hat befohlen, daß die Strafbefugnisse in Fällen dieser Art in ihrer ganzen Strenge angewandt werden und daß Frauenpersonen, die sich unter solchen Umständen freiwillig dem Geschlechtsverkehr mit Soldaten hingeben, keine Rücksichtnahme durch die Militärbehörden erwarten dürfen. Anstatt den Soldaten, der einer solchen Verführung überführt wird, zu veranlassen, das betreffende Mädchen zu heiraten oder zu ihrem Unterhalt beizustehen, werden ihm die Behörden zur Bestrafung einer langen Freiheitsstrafe verurteilen.

Der Kaiser hat befohlen, daß die Strafbefugnisse in Fällen dieser Art in ihrer ganzen Strenge angewandt werden und daß Frauenpersonen, die sich unter solchen Umständen freiwillig dem Geschlechtsverkehr mit Soldaten hingeben, keine Rücksichtnahme durch die Militärbehörden erwarten dürfen. Anstatt den Soldaten, der einer solchen Verführung überführt wird, zu veranlassen, das betreffende Mädchen zu heiraten oder zu ihrem Unterhalt beizustehen, werden ihm die Behörden zur Bestrafung einer langen Freiheitsstrafe verurteilen.

Der verschärfte Angora-Konflikt.

Die der englischen Regierung nahestehenden Sonntagblätter sprechen offen aus, was bisher nur angedeutet wurde, nämlich, daß England Frankreich zwingen wird, zwischen einer gründlichen Verringerung des Angora-Abkommens und dem Verzicht auf die Entente zu wählen. Der Observer betont, daß französische Außenminister alle Zusicherungen, welche England der bisherigen Regierung gab, ignoriert und gehandelt, wie wenn keine Entente bestände. Sunday Times sagt, nur aus Rücksicht auf Frankreich habe England bisher bezüglich Deutschlands die Politik nicht offen bekundet, welche die meisten den- kenden Engländer für die Herstellung normaler Verhältnisse als wesentlich erachtet. Wenn Frankreich aber andere Verträge ignoriere, sei nicht einzusehen, warum der Vertrag von 1914 nicht einseitig aufgehoben werden solle. Selbst die Northcliffe Bros. gehörende Sunday Victoria fragt, wo die Entente nun bleibe.

Die ausgesprochene Verschärfung im Angora-Konflikt wurde nach dem Daily Telegraph durch eine Erklärung an den General Bellis durch den französischen Gesandten in Konstantinopel verursacht, die alles bestätigt, was als Begleitbrief von dem Angora-Abkommen behauptet. Daily Chronicle betont, die Fortdauer der Entente sei unvereinbar mit der Fortsetzung der Angora-Politik und spricht von einem französischen Vorstoß. Ganz ähnlich spricht auch die Daily News. Die französisch orientierte Presse ist alarmiert. Die Times beschränkt sich, daß das Außenamt gebührend und tolerant sei, und die Morning Post empfiehlt den Abschluß eines neuen Bündnisses. Paris stellt sich unschlüssig und findet die englische Aufregung unverständlich.

Der französische Botschafter in London, St. Aulaire, ist Montag nachmittag in Paris eingetroffen und hat am Abend im Quai d'Orsay die britische Botschaft über den französisch-italienischen Vertrag überreicht.

China fordert Zurückziehung der japanischen Truppen in Schantung.

Nach einer Havasmeldung aus Peking bestätigt die chinesische Antwort auf das japanische Memorandum in der Schantungfrage die bereits in der Note vom 7. 10. gegebene Darstellung der Lage. Die Antwort besagt, daß China den Vertrag nicht unterzeichnet habe und infolgedessen auch keine aus Schantung begünstigten Bestimmungen anerkennen könne. Das angebliche Verlangen Chinas nach Verhandlungen sei nur auf eine unrichtige Auslegung einer privaten Unterredung zurückzuführen. Die Note erklärt, Japan habe diesen Fall falsch gedeutet, im Zusammenhang mit den Erklärungen des deutschen Vertreters, daß Deutschland zu seinem Besatzer China nicht zurückzuführen könne. Das bedeute keinesfalls eine Anerkennung des Vertrag von 1915 durch China. China habe einfach von der deutschen Erklärung Kenntnis genommen. Es wird betont, daß die Eisenbahn Schantung-Erhnan niemals ausschließlich Deutschland gehört habe, daß vielmehr die Verwaltung der Bahn den Chinesen anvertraut gewesen sei, und daß also die militärische Besetzung mit japanischen Truppen eine Ungerechtigkeit bedeute. Die Antwortnote bespricht, daß die Reparationskommission das Recht habe, das Kapital und den Besitzstand der fraglichen Eisenbahn auf das Konto der deutschen Entschädigungen zu legen. Schließlich wird die baldige Zurückziehung der japanischen Truppen aus Schantung gefordert.

Ein Dorschrei der Kriegsbildner.

Der Reichstag hat am Montag, 11. Okt. Berlin, seine Sitzung eröffnet. Der Reichstag hat am Montag, 11. Okt. Berlin, seine Sitzung eröffnet. Der Reichstag hat am Montag, 11. Okt. Berlin, seine Sitzung eröffnet. Der Reichstag hat am Montag, 11. Okt. Berlin, seine Sitzung eröffnet.

Der Reichstag hat am Montag, 11. Okt. Berlin, seine Sitzung eröffnet. Der Reichstag hat am Montag, 11. Okt. Berlin, seine Sitzung eröffnet. Der Reichstag hat am Montag, 11. Okt. Berlin, seine Sitzung eröffnet. Der Reichstag hat am Montag, 11. Okt. Berlin, seine Sitzung eröffnet.

Ein Sozialist zur Wohnungsfrage.

Der „Deutschen Tageszeitung“ wird geschrieben: Der sozialistische Landtagspräsident von Anhalt, Reus, hat sich dieser Tage in Dresden über die Wohnungsfrage in einem Sinne geäußert, daß die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit darauf gelenkt zu werden verdient. Er sagte u. a.: Die Lösung der Wohnungsfrage, ohne die eine Lösung der Arbeitsfrage unmöglich ist, muß man nicht vom Wegnehmen oder Vorgehen bei den „Reichen“ erwarten, sondern vom Vorgehen bei jedem einzelnen. Sonst ist man sehr schnell am Ende mit der Vermögensfrage. — Sehr bemerkenswert war, was Reus aus der Sache seiner Stellung beim Dessauer Mietungsamt heraus über die Zwangswirtschaft im Wohnungs-

wesen sagte. Anfanglich sei diese notwendig und notwendig gewesen, denn ein zügelloser Spekulationsbau 1918 wäre Schandbau geworden. Dagegen sei es eine unmögliche Vorstellung, daß 1914 mit seinen Mieten dauernd eine Norm für die Mietsgestaltung hergeben könnte. In diesen Jahren sind die Häuser heillos verbraucht worden, besonders was Lächer und Mischbau betrifft. Der Zustand wird jetzt zur Lebensgefahr. Es muß alles geschehen, damit die Häuser wieder instand gesetzt werden können. Mit den offiziell zugestandenen Mieterhöhungen ist das unmöglich. Um die Mieten zu decken, wäre eigentlich eine Erhöhung von 200 Prozent nötig. Die Mieter erheben darüber, aber der Hauswirt erklärt noch früher — als er die Rechnungen bekam. Es entsteht der fürchterliche Kampf zwischen beiden Parteien. Ein unfaires Verhältnis, aus dem zwischen Hauswirt und Mieter gibt es heute nicht. Die Erhaltung beim Einigungsamt zeigt, daß selbst gebildete Menschen dabei die Gerechtigkeit verlieren. Es ist tief bedauerlich, daß von Rechts wegen nichts in dieser Sache geschieht.

Der Arbeitsmarkt in Westfalen und Lippe.

Die Lage des bergbaulichen Arbeitsmarktes Westfalen und Lippe ist im wesentlichen unverändert. Gelegentlich wird der Bedarf an Kohlenarbeitern durch den Bergbau gedeckt. Dagegen gelang es, für ungenutzte Arbeiter von ausländischen Arbeitsstellen und Unternehmungen zu beschaffen. Die Unternehmung von Flüchtlingen wurde weiter begünstigt. Dem Bergbau nach werden in letzter Zeit aus der Lippe, Westfalen und Lippe für den Bergbau Kohlenarbeiter in Anspruch genommen. In der Lippe sind Kohlenarbeiter in Anspruch genommen. In der Lippe sind Kohlenarbeiter in Anspruch genommen.

Die Lage des bergbaulichen Arbeitsmarktes Westfalen und Lippe ist im wesentlichen unverändert. Gelegentlich wird der Bedarf an Kohlenarbeitern durch den Bergbau gedeckt. Dagegen gelang es, für ungenutzte Arbeiter von ausländischen Arbeitsstellen und Unternehmungen zu beschaffen. Die Unternehmung von Flüchtlingen wurde weiter begünstigt. Dem Bergbau nach werden in letzter Zeit aus der Lippe, Westfalen und Lippe für den Bergbau Kohlenarbeiter in Anspruch genommen. In der Lippe sind Kohlenarbeiter in Anspruch genommen. In der Lippe sind Kohlenarbeiter in Anspruch genommen.

Verforgung der „Altrentner“

(Gesetz vom 18. Juli 1921).

Das „Altrentnergesetz“, das mit Wirkung vom 1. Januar 1921 in Kraft getreten ist, regelt die Versorgungsberechnung der früheren Angehörigen der deutschen Wehrmacht und ihrer Hinterbliebenen, soweit ihnen Versorgungsberechnung nicht infolge einer vor dem 1. August 1914 beendeten Dienstleistung zuerkannt ist oder nach dem 12. Mai 1920 erlassenen Militärversorgungsgesetzen noch zuerkannt werden können. Nicht darunter fallen die mit Ausgehalt verabschiedeten Berufsbeamten, -bediensteten und -bedienten, für die das Pensionsergänzungsgesetz vom 21. Dezember 1920 gilt. Das nach § 1 des Altrentnergesetzes grundsätzlich das Militärversorgungsgesetz gilt, ist erweitert, daß alle „Altrentner“, mag ihre Versorgung nach der Gesetzgebung von 1906/07 oder früherer Zeit erfolgt sein, im allgemeinen wie die „Neurentner“ aus dem Jahre 1914/18 behandelt werden. Die Dienstleistung der früheren Angehörigen der deutschen Wehrmacht und ihrer Hinterbliebenen wird in der Dienstleistung der früheren Angehörigen der deutschen Wehrmacht und ihrer Hinterbliebenen. Die Dienstleistung der früheren Angehörigen der deutschen Wehrmacht und ihrer Hinterbliebenen.

Wer bezahlt die Weinrechnung für das „Deutsche Offiziersheim Kortrijk“?

Infolge der durch die Resolution hervorgerufenen Umwälzungen und Umgruppierungen unserer wirtschaftlichen Verhältnisse und Organisationen ist die Frage der Schuldübernahme für die Einträge der im Jahre 1918/19 im „Deutschen Offiziersheim Kortrijk“ eingetragenen Rechnungen, die die für Offiziere und Soldaten bestimmten Waren, die ganz Deutschland und Belgien nach Wein und Cognac abgaben, für eine Einzahlung kassiert, die dem Heeresverwalter, oder ob das

betreffende Offiziersheim engere, kameradschaftliche Beziehungen verfolgte, die mit dem Heeresverwalter eigentlich nichts zu tun hatten. Nur in den letzten Fällen wurde der Offiziersfiskus entlastet und nicht für die Rechnung einzufassen haben.

Im gegenwärtigen Falle handelt es sich um eine Weinrechnung des Offiziersheims in Kortrijk in der ursprünglichen Höhe von 108.945 Mark, auf die 9. und 10. April 1918 von 25.000 Mark weitere 25.000 Mark erhoben wurden. Die Rechnung ist im Jahre 1918/19 im Offiziersheim Kortrijk eingetragenen. Die Rechnung ist im Jahre 1918/19 im Offiziersheim Kortrijk eingetragenen. Die Rechnung ist im Jahre 1918/19 im Offiziersheim Kortrijk eingetragenen.

Aus aller Welt.

Mordmord. Im Dorfe Vichtenberg wurde der Handelsmann Nisse in seinem Bett ermordet aufgefunden. Vermutlich hat sich der Täter in der Dunkelheit ins Haus eingeschlichen und hat dort einschließen lassen. Um 11 Uhr abends ist er dann in das Schlafzimmer Nisses gegangen und hat ihn mit einem Schuß der Brust über dem rechten Auge in den Kopf ein- drang, niedergestreckt. Um diese Zeit haben benachbarte Personen einen Schuß gehört. Nisse hatte am Tage vorher von der Sparte eine größere Summe abgehoben — man spricht von 17.000 Mark. Das muß der Täter in Erfahrung gebracht haben. Etwas später des Schlafzimmers waren durchwühlt. Das bare Geld, sowie ein Sparschwein und sonstige Wertgegenstände sind geraubt worden. Der Täter hat das Fenster des Schlafzimmers zertrümmert und beim Verlassen die Tür abgeschlossen. Der Täter hat jede Spur des Mörders.

Stimmen aus dem Publikum.

Unter dieser Rubrik werden Briefe von allgemeinen Interesse aufgenommen, auch solche, die den Inhalt der Redaktion dieses Blattes nicht einwandfrei ist.

(Eingefandt.)

Ramen. 10. Nov. Die Bedeutung der Ramen (Kartons) ist in der letzten Zeit sehr gewachsen. Die Ramen (Kartons) sind in der letzten Zeit sehr gewachsen. Die Ramen (Kartons) sind in der letzten Zeit sehr gewachsen.

Vereinsnachrichten.

Ramen. 10. Nov. Ein seltener Gast wird den Ramen (Kartons) und Sängerinnen am kommenden Sonntag gegeben. Die Ramen (Kartons) und Sängerinnen am kommenden Sonntag gegeben. Die Ramen (Kartons) und Sängerinnen am kommenden Sonntag gegeben.

Schlutz der Anzeigenannahme

— für kleinere Anzeigen 3 Uhr. —

Anzeigen, welche einzeln oder zusammen 100-200 Zeilen Raum beanspruchen, erbiten wir bis 12 Uhr und größere bis 10 Uhr des dem Ausgabestage vorhergehenden Werktags. Anzeigen mit vieltem Text oder schwierigen Satz müssen im eigenen Interesse der Inserenten noch früher in unserer Geschäftsstelle sein.

Verlag der Ramener Zeitung.

Statt jeder besonderen Anzeige.

Ihre Vermählung geben bekannt

Wilhelm Hohbräck
Berta Hohbräck
Gerling geb. Wüstenhöfer

Kaiserau b. Kurl Dortmund
Märkischestr. 81
10. November 1921.

4735

Heute morgen 1/25 Uhr wurde uns
nach kurzer, heimtückischer Krankheit
unser Lieber, sonniger

Herbert

im Alter von fast einem Jahr entrissen.
In tiefer Trauer:

Otto Schulte-Ostermann
und Frau

Elisabeth geb. Spielhoff
Otto Schulte-Ostermann.

Weddinghofen, den 9. Novbr. 1921.

Die Beerdigung findet am Sonn-
abend, den 12. November, nachmittags
1/4 Uhr, vom Sterbehause aus statt.
Von Beileidsbesuchen bitten wir
freundlichst abzuweichen. 4744

Pelze

werden billig umgearbeitet. 4731
Gebr. Keil, Kamen, Bahnhofstraße 57.

Hühneraugen
Hornhaut, Schwielen, Warzen
besetzt das Gesicht empfindlich
Kukirol
Schwefel, M.S. 20 in Apotheken, Drogerien erhältlich
Drogerie Klinkmann, Weststraße 1.

Damen-Mäntel
Kinder-Mäntel

durch frühzeitigen Einkauf
besonders billig. 4732

Gebr. Keil,
Kamen, Bahnhofstraße 57.

Einladung.

Die Mitglieder der Stadtverordnetenver-
sammlung werden hierdurch zu einer

Sitzung

eingeladen, welche am Montag, den 14. No-
vember ds. Js., des Nachmittags um 4 Uhr
in der Aula des Realprogymnasiums stattfindet.

Kamen, den 7. November 1921.

Der Stadtverordneten-Vorsitzer:
H. J. Mann.

Tages-Ordnung:

1. Befolgsordnung für die städt. Beamten.
2. Hinzuziehung von Beamten-Vertretern zu Sitzungen bei Personal-Sachen.
3. Abfassung eines Kanons der Armenkasse.
4. Prüfung der Stadtkasse.
5. Prüfung der Lebensmittellisten.
6. Prüfung der Gaswerks- pp. Rassen.
7. Ausbau des elektrischen Leitungssystems in der Dortmundstraße.
8. Erhöhung der Anerkennungsgebühr für den Spielplatz an der Hofschule.
9. Kündigung eines Vertrages der Eisenbahn-Direktion.
10. Erhöhung der Entschädigung für die Turnhallenreinigung.
11. Beitritt zur Verwaltungsbeamten-Schule in Hamm.
12. Eintrittskarten- und Aufbahrungskostenverord-
nung.
13. Beschaffung von Wassermessern.
14. Hilfsaktion.
15. Beitritt zum Deutschen Städtetag.
16. Erhöhung der Entschädigung Gesinger.
17. Anstellung eines hauptamtlichen Schul-
hausmeisters an der Hofschule.
18. Befolgsordnung der auftragsweise beschäftigten
Lehrpersonen in Krankheitsfällen.
19. Erhöhung der Schularztgebühren.
20. Erhöhung der Vergütung für den Hilfs-
antwerter. 4736

Achtung!

Auf nach Oberaden-Nord!

Der Junggesellen-Klub „Fidel und heiter“
Oberaden-Nord

feiert am Sonntag, den 13. November, beim Vereinswirt
Herrn S. Rötter sein diesjähriges

Winterkränzchen

bestehend in

Preissschießen, Saalpost u. großem Ball.

Es gelangen folgende Preise zur Verteilung:

In Preissschießen:

1. Preis: 1 erstklassiger Fäulenger
2. Preis: 1 hochfeiner Rauchtisch mit Rauchservisee
3. Preis: 1 Schwein
4. Preis: 1 Kiste Zigarren
5. Preis: 100 Zigaretten
6. Preis: 1 Flasche Cognac
7. Preis: 1 Flasche Brantwein
8. Preis: 1 Huhn
9. Preis: 1 Gahn.

Außerdem für Sonntag als Tagespreis für den besten Schützen
1 Flasche Sekt. 4733

In Saalpost:

1. Preis: 1 sehr schönes Vitrinenservice
2. Preis: 2 wunderbare Blumenvasen.

Anfang des Preissschießens: Samstag nachmittags 4 Uhr.
Ende des Preissschießens: Mittwoch abend 10 Uhr.
Anfang des Balles: Sonntag nachmittags 5 Uhr.

Für erstklassige Musik ist gesorgt.

Es ladet freundlichst ein

Der Vorstand.

Ferner beschloß der Verein in seiner letzten General-Ver-
sammlung, am 19. Februar 1922 einen großen

Preis-Maschinenball

zu veranstalten. 4733

Schneider-

Zwangs-Innung

Kamen und Umgegend.
Am Freitag, den 11.
November, nachmittags
5 Uhr, findet in Hamm eine

Filmvorführung
mit Vortrag über
das Schneider-
Handwerk

statt. — Eintritt frei.
Abfahr. 3.45 Uhr Kamen.
4743 Der Vorstand.

**Holz-
schuhe,**

prima Handarbeit, wie
vor dem Kriege empfohlen

W. Brock,
Oberaden. 4714

Erstklassige
Nähmaschinen
m. Nähmaschinen-
maschinen, Großhandlung
lieferer erstklassiger Fabrikate
bei geringer Abzahlung
ohne Preisaufschlag
für jede Maschine wird
langjährig garantiert. Jeder-
mann ist durch dieses Ange-
bot in der Lage, sich eine
erstkl. Maschine anzuschaffen.
Verband frei Haus. 4738

Er. Erger,
Spezialhaus für

Gasofen

billig z. verkaufen. 4730

Gebr. Keil.

Ein gut erhaltenes
Damenfahrrad, 1 braune
Peltapne, 1 Pr. Damen-
halbfeder (Vad) Gr. Nr. 37
1 Paar neue braune
Herrschuh, Größe Nr. 43
und 1 Paar lange Stiefel,
Gr. Nr. 44 zu verkaufen.
An erfr. in der Geschf.
dieses Blattes. 4728

Wegen Aufgabe des Ge-
schäfts verlaufe 4740

Pferd, Flachwagen,
Pferdegeschirr,
Marktstand,
Marittwagen u. f. m.
Oberer Schleppweg 30.

Wer ein

Haus, Kotten,
Grundstück,
Bauplatz

und dergl. zu kaufen
oder zu verkaufen sucht,
wird es durch eine kleine
Anzeige in der Kamen-
Zeitung erreichen.
Ausserordentlich zahl-
reich sind die Angebote,
welche auf eine solche
Anzeige stets eingehen.

Haus

zu kaufen (Barauszahlung)
und Garten zu mieten
gesucht. 4742

Angebote an die Ge-
schäftsstelle der Kamen-
Zeitung unter Nr. 4742.

Ankauf von altem

Gold u. Silber

zu den höchsten
Preisen stets durch

Otto Hilburg,
4741 Markt 22.

Ordentliches, älteres
Hausmädchen

sofort gesucht.
Zu erfragen in der
Geschäftsstelle der Kam.
Zeitung.

Verloren!

1 goldene
Damenuhr!

Der ehrliche Finder wird
unter Zusage einer
guten Belohnung gebeten,
sich in der Geschäftsstelle
b. Ztg. zu melden. 4746

Zentral-Lichtspiele
Kaiseran-Methler.

Bekanntmachung.

Wie bereits bekanntgegeben wurde,
daß am Sonnabend, den 12. und
Sonntag, den 13. November, im
Saale des Herrn Sorge zu Methler,
Kinoanographische Vorstellungen ge-
geben werden sollten, muß ich hier-
durch mit, daß ich demnachst in
dem wohlbekannten Saale des Herrn
Fr. Schulz zu Kaiserau die
bekanntgegebenen Filme weiter spielen
werde, und zwar mit neuen Ueber-
sichtungen.

Es wird jedenfalls keiner weiteren
Mitteilung bedürfen, daß der Herr
Fr. Schulz für Gemütlichkeit
und Heizung Sorge tragen wird.
Die erste Vorstellung wird voraus-
sichtlich am 1. Sonntag im De-
zember stattfinden und ladet hiermit
freundlichst ein 4734

Die Direktion: A. Lucas.

Alle Vereine

geben ihre Veranstaltungen
zweckmäßig in der „Kame-
ner Zeitung“ bekannt. Die
starke, ständig zunehmende
Verbreitung der K. Z. in
allen Schichten des Land-
kreises Hamm sichert einen
guten Besuch der Veran-
staltungen, wodurch die In-
sertionskosten mehrfach ge-
deckt werden.

Umpressen

Reinigen und Färben von

Damen- und Herren-Hüten

in wenigen Tagen zu billigsten Preisen.

Gebr. Keil, Kamen, Bahnhofstr. 57.

4338

**Kauft dem Feindbund
keine Waren ab!**

Deutsche Handelsleute! In London wollten
sie uns vollends erdroffen. Außer einer un-
geheuerlichen nie zu bezahlenden Geldfor-
derung soll unsere Ausfuhr lahmgelegt werden.
Unsere Regierung will oder kann nichts da-
gegen tun.

Wir aber, zwar waffenlos, sind doch noch
nicht völlig wehrlos: Macht der Feindbund
unsere Ausfuhr unmöglich, so muß für uns
die Lösung sein

**Bestellt keine Feindeswaren,
kauft keine Feindeswaren.**

Das ist die einzige Waffe, die uns gegen
drohende Verklabung noch übrig bleibt.
Deutsche, gebraucht diese Waffe!

Dr. August Ehrensd., Altkammern, ehemaliges
Mitglied des preussischen Abgeordneten-
hauses, Klein Fische.

Hampel, Staatspräsident, Braunschweig.
Eduard Hedenroth, Pfarrer, Altentrupen
(Westwall).

H. Heydebrand und der Dase, Bandrat a. D.
Klein-Fischkawe.

G. Scheller, Kaufmann, Goslar.

H. Stillemeier, Dekorationsrat, Hagen bei
Minden.

Dr. Herr v. Wangerheim, Klein-Fischkawe.

Dr. G. Wittenberg, M. d. R., Hannover.

Der helle Kopf

Dr. Oetker's Backpulver
macht Kuchen und
Gebäck locker und
schmelzend.

Dr. Oetker's Puddingpulver
geben eine leicht herzu-
stellende, wohlschmeckende
Speise.

Dr. Oetker's Gustin
dient zur Herstellung von
Puddings, Cremes, Flüssen,
eis, Rote Grütze, Kuchen,
Sowas auch Sängerkuchen
der Suppen und Saucen.

**ist die
Schutzmarke
der echten**

Dr. Oetker's Fabrikate

Mach achte beim Einkauf darauf,
daß man nur diese erhält!

Kamelhaarschuhe

von der einfachsten
bis zur allerfeinsten Qualität in allen Größen

W. Meckfessel, Kamen.

Visitenkarten

in jeder Ausführung
beholden und preiswert

Kamen-er Zeitung.

Weststraße 10

Montag abend in
Kamen oder auf dem
Weg nach Westf. einen
**schwarzen
Pelzfragen**
(Alastafuchs)

verloren. 4745
Abzugeben gegen Be-
lohnung in der Geschf.
der Kam. Zeitung.

